

Aufforderung zur
Einreichung eines Angebots
(verbleibt beim Bewerber)



Vergabe der
Projektsteuerungsleistungen
für den
Neubau der Grundschule in Odenthal

Vergabe Nummer III-2-2025-UJ112

Angebote müssen eingehen bis spätestens:

29.08.2025, 09:00 Uhr

Auf einen Blick:

Vergabestelle:	Gemeinde Odenthal Altenberger-Dom-Str. 29 51519 Odenthal		
Auskunft erteilt:	Herr Thomas Brügger über die Vergabeplattform		
Fragen sind zu richten an:	Herrn Thomas Brügger über die Vergabeplattform		
Verfahren:	Offenes Verfahren		
Angebote sind einzureichen:	Das Angebot darf aufgrund rechtlich zwingender Vorgaben <u>ausschließlich elektronisch</u> über das Vergabeportal eingereicht werden. Die Textform gem. § 126 b BGB ist ausreichend. Besondere elektronische Signaturen sind somit <u>nicht</u> erforderlich, können aber freiwillig verwendet werden. Es kann (muss aber nicht) eine eingescannte Unterschrift verwendet werden, in jedem Fall ist aber (in leserlichen Druckbuchstaben) klarzustellen, welche natürliche Person das Angebot zeichnet.		
<hr/>			
Angebote müssen eingehen bis spätestens	Datum:	29.08.2025	
(vollständiger Upload auf der Vergabeplattform):	Uhrzeit:	<u>09:00 Uhr</u>	

1. Projektbeschreibung

Am Schulzentrum Odenthal werden drei bauliche Einzelprojekte im zeitlichen Zusammenhang realisiert.

Auf dem Projektgrundstück:

- G9 Erweiterung des Schulzentrums durch Erweiterungsneubau
- Neubau einer einzügigen Grundschule mit OGS (hier Gegenstand der Ausschreibung)

Angrenzend zum Projektgrundstück:

- Sanierung und Erweiterung des Kindergartens die „Kobolde“

Für die Projekte G9 Erweiterung und Neubau gelten gleichermaßen folgende Grundlagen:

- mit gesonderter Ausschreibung werden Projektsteuerungsleistungen nach AHO für die Projektstufen 4-5 abgefragt
- die Gemeinde Odenthal ist Auftraggeber und stellt hierfür die Projektleitung
- im Rahmen eines VgV-Verfahrens wurde bereits ein Generalplaner für beide Gebäude samt Außenanlagen beauftragt und die Leistungsphasen 1-5 nach HOAI sind bereits abgeschlossen. Aktuell werden Leistungsverzeichnisse für Einzelgewerke im Rahmen der LPH 6 nach HOAI erstellt
- als architektonisches Konzept gegen zukünftige Hochwasserereignisse wurden beide Gebäude ohne Untergeschoss mit erhöhtem Eingang geplant
- beide Gebäude werden mit einer Pergola verbunden
- es liegt ein genehmigter Bauantrag vor

1.1 Grundstück

Das Grundstück befindet sich an der Bergisch Gladbacher Straße 10 in

51519 Odenthal, Gemarkung Unterodenthal, Flur 1, Flurstück 4341.

Eigentümerin ist die Gemeinde Odenthal.

1.2 Lagebeschreibung

Das Schulzentrum liegt mitten in der bergischen Gemeinde Odenthal, gleich am Ufer der Dhünn. Das Planungsgebiet liegt innerhalb des bestehenden Schulzentrums, südwestlich der (im Bestand zu erhaltenen) Sporthalle.

Die Erschließung erfolgt innerhalb des Schulbereiches von Norden über den Schulhof. Die verkehrliche Anbindung erfolgt von Nord-Westen über das unmittelbar angrenzende Wohngebiet sowie über die Parkplätze im Osten auf der gegenüberliegenden Dhünn-Seite.

Der Fluss selbst sowie der benachbarte Weg und die umgebene Bewaldung stehen unter Naturschutz. Das gesamte Grundstück des Schulzentrums ist nicht umzäunt und kann frei betreten werden. Lediglich der süd-westlich gelegene Kindergarten wird durch einen Zaun abgetrennt. Im Zuge der Neubebauung soll ebenfalls eine Umzäunung um die Grundschule und ihren Schulhof vorgesehen werden.

1.3 G9 Erweiterung des Schulzentrums durch Erweiterungsneubau (hier nicht Gegenstand der Ausschreibung)

Auf dem Grundstück des Odenthaler Schulzentrums soll ein Erweiterungsneubau mit insgesamt elf naturwissenschaftlichen Fachräumen und dazugehörigen Nebenflächen entstehen. Der Neubau wird gemeinschaftlich von der vor Ort ansässigen Realschule und dem Gymnasium verwendet. Die im Bestand vorhandenen naturwissenschaftlichen Fachräume sollen zukünftig in allgemeine Unterrichtsräume umgebaut werden. Anlass dazu gibt die Umstellung des Schulsystems von G8 auf G9 und der dadurch gestiegene Platzbedarf.

Kennwerte:

EG, 1. OG und 2.OG größtenteils als vorgefertigte Holzrahmenbauweise mit Flachdach. Gründung, Bodenplatte, einzelne Wände sowie Treppenhäuser und Aufzugsschächte aus Stahlbeton. Hinterlüftete Fassade aus vorvergrauter vertikaler Lärchenholzschalung.

- BGF ca. 2.277 m²
- BRI ca. 8.671 m³

1.4 Neubau einer einzügigen Grundschule mit OGS (hier Gegenstand der Ausschreibung)

Die Grundschule Odenthal wurde durch das Hochwasser vom 14./15. Juli 2021 schwer beschädigt, musste infolgedessen abgerissen werden und wird durch einen Neubau ersetzt. Dieser wird durch die Wiederaufbauhilfe zu 100 % gefördert.

Westlich der Neuplanung sind temporäre Schulcontainer errichtet worden, welche die Übergangsbeschulung sicherstellen. Bis zur Fertigstellung der Grundschule werden dort die Schülerinnen und Schüler der Grundschule untergebracht. Nach Errichtung des Erweiterungsbaus, werden die Schulcontainer von den weiterführenden Schulen verwendet. Abgebaut werden die Container erst, nachdem die Fachräume im Schulzentrum zu allgemeinen Unterrichtsräumen umgebaut wurden. Während des gesamten Bauablaufes und auch noch darüber hinaus sind die Container dementsprechend zu berücksichtigen.

Daraus ergeben sich besondere Anforderungen an beispielsweise Einrichten und Vorhalten der Baustelleneinrichtungsfläche sowie der Zugänglichkeiten für Schul- und Baustellenpersonal.

Schnittstellen sollen durch die mit dieser Ausschreibung neu zu beauftragende Projektsteuerung erarbeitet und mit allen Beteiligten

entsprechend abgestimmt werden. Als Ergebnis wird eine klare Handlungsempfehlung erwartet, welche auch Grundlage für die Berücksichtigung in den zu erstellenden Leistungsverzeichnissen der ausführenden Firmen Eingang finden werden.

Kennwerte:

EG und 1.OG größtenteils als vorgefertigte Holzrahmenbauweise mit Flachdach. Gründung, Bodenplatte, einzelne Wände sowie Treppenhäuser und Aufzugsschächte aus Stahlbeton. Hinterlüftete Fassade aus vorvergrauter vertikaler Lärchenholzschalung.

- BGF ca. 2.406 m²
- BRI ca. 8.434 m³

1.5 Sanierung und Erweiterung des angrenzenden Kindergartens die „Kobolde“ (hier nicht Gegenstand der Ausschreibung)

Das Bestandsgebäude grenzt im westlichen Bereich an das Projektgrundstück an, die Gemeinde Odenthal ist Eigentümerin des Grundstücks. Die Planung mit eigenem Planungsteam und eigener Projektleitung erfolgt durch eine Elterninitiative als Auftraggeberin und befindet sich aktuell in LPH 5 nach HOAI. Eine Realisierung wird im räumlichen und zeitlichen Zusammenhang zum Projekt G9 Erweiterung des Schulzentrums durchgeführt.

Schnittstellen sollen durch die mit dieser Ausschreibung neu zu beauftragende Projektsteuerung erarbeitet und mit allen Beteiligten entsprechend abgestimmt werden. Als Ergebnis wird eine klare Handlungsempfehlung erwartet, welche auch Grundlage für die Berücksichtigung in den zu erstellenden Leistungsverzeichnissen der ausführenden Firmen Eingang finden werden. Die hierfür anfallenden Kosten sind in der Position für Nacharbeit der wesentlichen Grund- und ggf. auch besonderen Leistungen berücksichtigt.

2. Angebotsaufforderung

Sie sind freundlich eingeladen, anhand dieser Aufforderung und den diesem Schreiben beiliegenden Vergabe-/ Vertragsbedingungen ein Angebot abzugeben. Bitte benutzen Sie hierfür die beigegefügtten Formularblätter.

Erläuternd wird zu den Grundlagen des Angebots auf Folgendes hingewiesen:

- Gegenstand der Ausschreibung sind die nachfolgend beschriebenen Grundleistungen der Projektsteuerung nach AHO-Heft Nr. 9 (Stand: 03/2020):
 - Projektstufe 4: Ausführung
 - Projektstufe 5: Projektabschluss
- Dabei werden in der jeweiligen Projektstufe jeweils folgende Handlungsbereiche nach AHO-Heft Nr. 9 (Stand: 03/2020) vergeben:
 - A. Organisation, Information, Koordination und Dokumentation (handlungsbereichsübergreifend)
 - B. Qualitäten und Quantitäten
 - C. Kosten und Finanzierung
 - D. Termine, Kapazitäten und Logistik
 - E. Verträge und Versicherungen
- Das Projekt wurde bislang ohne externe Projektsteuerung durchgeführt. Aufgrund der gestiegenen Komplexität soll nun eine Projektsteuerung beauftragt werden, um insbesondere die Leistungsphasen der Ausführung und des Projektabschlusses professionell zu begleiten.
- Darüber hinaus werden voraussichtlich aus den vorangegangenen Projektstufen 1 bis 3 einzelne Teilleistungen erforderlich. Diese können jedoch erst im Zuge der Einarbeitung in die Projektsteuerung konkretisiert werden. Daher erfolgt keine konkrete Darstellung und Bepreisung, die ggf. notwendigen Leistungen werden nach tatsächlich angefallenem Aufwand über die angebotenen Stundenhonorare vergütet.

- Die Leistungserbringung wird sich im Wesentlichen auf einen Leistungszeitraum bis voraussichtlich Februar 2028 erstrecken. Der Leistungsbeginn erfolgt direkt mit Beauftragung.
- Nähere vertragliche Einzelheiten ergeben sich aus dem **Projektsteuerungsvertrag (BVB)**. Die vertraglichen Inhalte sind nicht verhandelbar und gelten mit der Zuschlagserteilung als vereinbart.
- Die **Kalkulation** der Honorare liegt im Ermessen der Bieter, auf das Angebotsblatt wird jedoch ergänzend verwiesen.

3. Verfahrensbeschreibung

Der Auftrag wird in einem **Offenen Verfahren gem. § 15 VgV** vergeben. Es finden demnach keine Verhandlungen über die eingereichten Angebote statt.

3.1

Eine Aufteilung der Leistungen in **Lose** findet nicht statt, da eine Losbildung bzgl. des einheitlichen Leistungsbilds nicht möglich ist.

3.2

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

3.3

Fragen zur Ausschreibung und zu den Vergabeunterlagen sind ausschließlich über das Ausschreibungsportal zu stellen. Auf E-Mail-Anfragen außerhalb des Ausschreibungsportals oder Anrufe wird nicht reagiert. Die Fragen werden ausschließlich über das Ausschreibungsportal beantwortet, sofern sie für das Verfahren relevant sind.

Die Vergabestelle behält sich vor, nur solche Fragen zu beantworten, die spätestens **9 Kalendertage** vor Ablauf der Angebotsfrist bei der genannten Stelle eingehen. Auch danach wird die Vergabestelle im pflichtgemäßen Ermessen darüber entscheiden, ob die Fragen noch beantwortet werden können, ohne eine Verzögerung des Verfahrens hervorzurufen oder beantwortet werden müssen, weil sie entscheidenden Einfluss auf das

Verfahren haben.

Den Bietern ggf. übermittelte **Antworten** werden ohne weiteren Hinweis Gegenstand der Vergabeunterlagen und gehen allen anderweitigen Regelungen und Inhalten der Vergabeunterlagen vor.

3.4

Es besteht bis zur Angebotsabgabe keine Pflicht zur **Registrierung** auf dem Ausschreibungsportal. Über Änderungen der Unterlagen, Nachsendungen, Bieterfragen, Antwortschreiben u. ä. werden Bieter jedoch nur bei vorheriger Registrierung automatisch unterrichtet. Andernfalls sind die Bieter verpflichtet, sich eigenständig die erforderlichen Informationen zu verschaffen, indem sie täglich die Ausschreibungsplattform besuchen und überprüfen, ob neue Dokumente eingestellt wurden. Die Vergabestelle weist ausdrücklich darauf hin, dass bei fehlender Registrierung bzgl. aller Informationen im Vergabeverfahren eine „**Holschuld**“ des Bieters besteht.

3.5

Sie haben nun bis

29.08.2025, 09.00 Uhr

Zeit, das Angebot zu erstellen und einzureichen (**Angebotsfrist**).

Mit Ablauf der Angebotsfrist beginnt die **Zuschlags- und Bindefrist**. Bieter ist sind bis zu deren Ablauf am **29.10.2025** an deren Angebot gebunden. Das Angebot kann während der Zuschlags- bzw. Bindefrist nicht zurückgezogen werden. Zieht der Bieter das Angebot aus Gründen, die aus seiner Sphäre resultieren, zurück, behält sich die Vergabestelle die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen vor.

Bitte reichen Sie das Angebot ausschließlich **elektronisch** (**nicht** per Brief, Telefax oder E-Mail) über die Ausschreibungsplattform ein. **Textform** (eingescannte Dokumente) ist ausreichend. Signaturen sind **nicht** notwendig.

Für einen form- und fristgerechten Eingang muss das Angebot auf der Vergabeplattform hochgeladen werden. Eine Übersendung des Angebots über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform (Bieterfragen, etc.) ist nicht ausreichend. Ein solches Angebot wäre zwingend auszuschließen.

Bitte beachten Sie unbedingt, dass aus Gründen des fairen Wettbewerbs solche Angebote aus dem Verfahren endgültig ausgeschlossen werden müssen, die aufgrund Verschuldens des Bieters nach dem benannten Zeitpunkt bei der benannten Stelle eingehen.

3.6

Nach der Angebotsöffnung wird die Vergabestelle die eingegangenen Angebote prüfen und auswerten. Sodann erfolgt die Mitteilung an die Bieter, welches Angebot den Zuschlag erhalten soll.

ACHTUNG: Die vertraglichen Inhalte sind nicht verhandelbar. Sobald der Zuschlag erteilt wurde, greift der Projektsteuerungsvertrag in Form der BVB.

4. Eignungsprüfung

Bieter müssen geeignet sein, um den Auftrag auszuführen. Dabei ist die Eignung anhand der folgenden **Mindestkriterien** nachzuweisen:

4.1 Allgemeine Teilnahmebedingungen

Als generelle Voraussetzungen für die Teilnahme am Verfahren müssen die Bieter folgende Nachweise erbringen bzw. Erklärungen abgeben:

- Nachweis über aktuell gültige ***Eintragung in ein Handelsregister***, soweit nach den jeweiligen Bestimmungen des Mitgliedsstaats am Sitz oder Wohnsitz des Bieters entsprechendes verpflichtend vorgesehen ist (*Checkliste Leistungsfähigkeit plus Nachweis, kein Formular*).
- ***kurze Unternehmensdarstellung*** auf maximal zwei DIN A4-Seiten (insb. Gesellschaftsstruktur, Geschäftsfelder, ggf. bestehende wirtschaftliche Verflechtungen) (*Checkliste Leistungsfähigkeit plus Darstellung, kein Formular*).

- Eigenerklärung zur **Eignung** (Formular).
- **Bietergemeinschaften** haben mit ihr Angebot eine von allen Mitgliedern rechtsverbindliche, unterzeichnete **Erklärung** (Formular) abzugeben, in der:
 - die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird,
 - alle Mitglieder aufgeführt sind,
 - ein von allen Mitgliedern gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren und darüber hinaus uneingeschränkt für jedes Mitglied bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist und
 - die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder im Auftragsfall erklärt wird.

Eine besondere Rechtsform der Bietergemeinschaft und/oder Arbeitsgemeinschaft wird nicht vorgeschrieben. Mehrfachbewerbungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbewerber und gleichzeitig als Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft, sind unzulässig. Die Vergabestelle wertet es jedoch nicht als unzulässige Doppelbewerbung, wenn Nachunternehmer von verschiedenen Bietern bzw. Bietergemeinschaften eingebunden werden bzw. Mitglied einer Bietergemeinschaft sind. Zwingende Maßgabe ist hierbei jedoch, dass der Nachunternehmer keine Kenntnis über die Angebotspreise der relevanten Bieter/Bietergemeinschaften hat, bei denen er Nachunternehmer ist. Dies ist nach Aufforderung durch rechtsverbindliche Erklärung des jeweiligen Nachunternehmers gegenüber der Vergabestelle zu versichern. Im Falle einer unzulässigen Doppelbewerbung müssen zur Wahrung des Wettbewerbsprinzips beide betroffenen Bieter/ Bietergemeinschaften ausgeschlossen werden. **Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen rechtlich unselbständiger Niederlassungen eines Bieters.**

Geforderte Eigenerklärungen sind von jedem Mitglied einer Bietergemeinschaft separat zu unterzeichnen, geforderte Nachweise separat vorzulegen und zusammen mit dem Angebot abzugeben. Bedient sich der Bieter/die Bietergemeinschaft eines Nachunternehmers und beruft er/sie sich auf dessen technische, wirtschaftliche und/ oder finanzielle Leistungsfähigkeit, so hat er die Nachweise und Erklärungen in entsprechender Weise auch von dem Nachunternehmer mit dem Angebot vorzulegen. Wenn für die geforderten Nachweise keine Gültigkeitsdauer angegeben ist, dürfen sie zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Angebots nicht älter als 12 Monate sein. Eigenerklärungen sind rechtsverbindlich zu unterzeichnen, mit Datum zu versehen und im Original mit dem Angebot vorzulegen. Sofern sich der Bietergemeinschaft zum Nachweis der Eignung auf Ressourcen Dritter/ Nachunternehmen/ konzernverbundener Unternehmen berufen möchte, muss er/sie nachweisen, dass ihm/ihr die Ressourcen des Drittunternehmens für die Auftragsausführung in tatsächlich geeigneter Weise zur Verfügung stehen werden (*Formular Verpflichtungserklärung*).

4.2 Technische Leistungsfähigkeit

Der Bieter muss seine technische Leistungsfähigkeit wie folgt nachweisen (Mindestkriterien):

- a. Vorlage von mindestens **zwei (2) vergleichbaren Referenzprojekten** für ***Projektsteuerungsleistungen des anbietenden Büros im Bereich eines Hochbauvorhabens (Sanierung oder Neubau)*** (*Formular Referenzen*)

Ein Referenzprojekt ist vergleichbar, wenn **als Projektsteuerung**

- *Mindestens 2 von 5 Projektstufen gem. AHO mit jeweils mindestens 3 von 5 Handlungsbereichen gem. AHO (Inhalte der Leistung)*

UND

- *Mindestens brutto 5.000.000,00 € anrechenbare Kosten KG 200 - 700 (Größenordnung des Projekts)*

UND

- *das Projekt zwischen 2015 und 2025 an den Bauherren übergeben wurde, so dass dieser die **Nutzung aufnehmen** konnte (Zeitraum des Projekts).*

Klarstellung: Die Referenzen müssen dem anbietenden Büro zugeordnet werden können. Es ist nicht notwendig, dass die Projektleitung oder Stellvertretung die Referenzen in der jeweiligen Funktion erbracht haben.

- b. Angaben über das für die **Projektleitung und Stellvertretung** vorgesehene Personal und Nachweis deren jeweiliger **Qualifikation** (Studien- und Ausbildungsnachweise sowie ggf. Bescheinigungen über die Erlaubnis zur Berufsausübung Architekt oder Ingenieur) (*Formular Checkliste Leistungsfähigkeit plus Nachweis*).

Die Projektleitung muss mindestens zehn (10) Jahre **Berufserfahrung** im Bereich Projektsteuerung aufweisen, die Stellvertretung mindestens fünf (5) Jahre (*Formular Checkliste Leistungsfähigkeit plus Nachweis*).

Bei einer ARGE müssen die Voraussetzungen der technischen Leistungsfähigkeit nicht für jedes einzelne ARGE-Mitglied, sondern für die ARGE insgesamt vorliegen.

Zum Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit kann auch auf Nach-

unternehmen (ggf. auch konzernverbundene Unternehmen) zurückgegriffen werden, sofern diese über eine Verpflichtungserklärung (siehe Vordruck) die jeweilige Verfügbarkeit für den Auftrag bestätigen.

4.3 Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Der Bieter muss seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit wie folgt nachweisen (Mindestkriterien):

- **Mindestumsatz** in den vergangenen drei Jahren in Höhe von jeweils mindestens **500.000,00 €** in dem entsprechenden **Fachbereich „Projektsteuerung“** (*Formular Checkliste Leistungsfähigkeit*).
- Nachweis einer **Berufshaftpflichtversicherung** für Personenschäden in Höhe von mindestens **3.000.000,00 €** sowie für Sach- und Vermögensschäden in Höhe von mindestens **1.000.000,00 €**. Die Maximierung der Ersatzleistungen muss mindestens das 2-fache der genannten Deckungssummen pro Jahr betragen (alternativ ist ausreichend, eine verbindliche, schriftliche Verpflichtung abzugeben, bei Auftragserteilung entsprechende Policen abzuschließen oder bestehende Policen aufzustocken) (*Formular Checkliste Leistungsfähigkeit plus Nachweis oder Erklärung*)
- Vorlage einer aktuellen, allgemeinen **Bankauskunft** über die wirtschaftliche Situation und/oder ein geordnetes Zahlungsverhalten des Bieters (*Formular Checkliste Leistungsfähigkeit plus Nachweis*).

Bei einer ARGE müssen die Voraussetzungen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit für mindestens ein ARGE-Mitglied nachgewiesen werden. Eine Ausnahme gilt bzgl. der Versicherungssummen, für die ggf. auch eine Erklärung der ARGE als solcher ausreichend ist.

5. Wertungs- und Zuschlagskriterien

Die Wertungs- und Zuschlagskriterien im **Offenen Verfahren** werden wie folgt

gefasst:

Der Zuschlag wird auf das **wirtschaftlichste Angebot** erteilt. Die Bewertung erfolgt anhand des angebotenen **Honorars (70 %)** sowie der persönlichen Referenzen der Projektleitung (30 %).

5.1 Honorarwertung (70 %)

Der Angebotspreis wird mit **70 %** in die Wertung einfließen. Dabei erhält das günstigste Angebot **70 Punkte**. Ein fiktives Angebot, welches mindestens 150 % des günstigsten Angebots entspricht, erhält 0 Punkte. Der Punktwert der Angebote, die preislich zwischen günstigstem Angebot und fiktivem Angebot liegen, wird über lineare Interpolation bis zu 3 Stellen hinter dem Komma ermittelt. Es ergibt sich folgende Formel:

$$y = y_1 + \frac{y_2 - y_1}{x_2 - x_1}(x - x_1)$$

5.2 persönliche Referenzen der Projektleitung (30 %)

Aufgrund der personenbezogenen Erfolgsprognose bei der Umsetzung des Auftrags ist es vorliegen zulässig, die persönlichen Referenzen der Projektleitung als Zuschlagskriterium zu führen. Denn vorliegend kann die Qualität des eingesetzten Personals erheblichen Einfluss auf das Niveau der Auftragsausführung haben.

*Klarstellung: Die Referenzen müssen der vorgesehenen Projektleitung zugeordnet werden können, da ansonsten kein zwingender Auftragsbezug besteht. Eine Büroreferenzen (die im Rahmen der Eignung zulässig ist) ist hier nicht ausreichend, da hieraus auf der Wertungsebene kein Rückschluss auf den konkreten Projekterfolg möglich wäre. Ferner ist eine Büroreferenz, die für die Eignung angegeben wurde, im Rahmen der persönlichen Referenz **NICHT** erneut wertbar („Doppelterverwendungsverbot“).*

Gewertet werden maximal drei (3) persönliche Referenzen. Diese müssen nicht im Sinne der Ziffer 4.2 vergleichbar mit dem vorliegenden Auftrag sein, da es hier nicht um die Eignungswertung, sondern aufgrund des Doppelverwertungsverbots um eine eigenständige Zuschlagswertung geht.

Die persönlichen Referenzen müssen daher folgende Kriterien erfüllen:

- *Mindestens **Projektstufe 4 und 5** gem. AHO mit jeweils **allen Handlungsbereichen** gem. AHO (**Inhalte der Leistung**)*

UND

- *Mindestens **brutto 3.000.000,00 €** anrechenbare Kosten KG 200 - 700 (**Größenordnung des Projekts**)*

UND

- *das Projekt wurde zwischen **2010 und 2025** an den Bauherrn übergeben, so dass dieser die **Nutzung aufnehmen** konnte (**Zeitraum des Projekts**).*

Für jede Referenz, welche diesen Anforderungen entspricht, werden 10 Punkte vergeben, so dass maximal **30 Punkte** zu erreichen sind.

5.3 Zusammenfassung/Wertungsmatrix

Zusammengefasst wird folgende **Wertungsmatrix** angewendet:

Wertungskriterium	Wichtung
Honorarwertung	70 %
Persönliche Referenzen	30 %

6. Formale Anforderungen an das Angebot

Folgende formale Anforderungen sind unbedingt zu beachten. Wir möchten darauf hinweisen, dass allein ein Verstoß gegen die hier genannten Voraussetzungen unter Umständen zu einem Ausschluss des Angebots führen muss.

VORSICHT:

Sämtliche mögliche **Vorbehalte** in einem Begleitschreiben wie z.B.

„*unser Angebot steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch ****“ oder

„*bzgl. *** gehen wird davon aus, dass ****“ oder

„*unser Angebot beinhaltet nicht ****“ oder

„*es gelten unsere AGB*“ etc.

führen wegen Änderung in den Vergabeunterlagen **zwingend** zum **Ausschluss**. Hier hat die Vergabestelle keinerlei Ermessen!

6.1

Die Bieter erhalten die Vergabeunterlagen ausschließlich digital (die Lesbarkeit ist über die kostenlose Freeware-Komponente „adobe-Reader“ möglich), damit die Überlassung für die Bieter kostenfrei erfolgen kann.

Angebote müssen **elektronisch** (nicht per Brief, Telefax oder E-Mail) in Textform über die Ausschreibungsplattform eingereicht werden. Dabei ist darauf zu achten, dass nicht die Kommunikationsebene (auf der Fragen gestellt und beantwortet werden) gewählt wird, sondern die dafür vorgesehene Funktion („Angebot einreichen“ oder ähnlich; in Zweifelsfällen bitte an die Hotline wenden).

Dabei müssen die Vergabeunterlagen

- „Angebotsschreiben“ (Vordruck),
- „Checkliste Leistungsfähigkeit“ (Vordruck) nebst dort geforderten Anlagen,
- „Anlage Referenzen“ (Vordruck),
- „Eigenerklärung zur Eignung“ (Vordruck),
- „Erklärung einer Bietergemeinschaft“, nur wenn Antrag einer Bietergemeinschaft (Vordruck),
- „Verpflichtungserklärung Leistungen anderer Unternehmen“, nur wenn zum Eignungsnachweis auf dritte Unternehmen zurückgegriffen wird (Eignungsleihe) (Vordruck),

eingereicht werden.

Der Name der natürlichen Person, welche die jeweilige Erklärung abgibt, muss in Textform angegeben werden.

Die Vergabestelle wird ggf. fehlende Unterlagen gem. § 56 VgV mit einer Frist von 6 Kalendertagen nachfordern.

6.2

Alle Bestandteile des Angebots sind so zu kennzeichnen, dass die Vollständigkeit der Unterlagen nachvollziehbar ist. In der Fußzeile des Angebots sowie der beizufügenden ausgefüllten Vordrucke und Unterlagen soll eine **fortlaufende Seitenzahl** eingefügt werden.

6.3

Die **Verfahrenssprache** ist Deutsch. Nachweise müssen daher ebenfalls in deutscher Sprache oder ggf. mit einer deutschen Übersetzung des fremdsprachigen Originals vorgelegt werden. Dabei ist ggf. eine einfache Übersetzung ausreichend.

6.4

Die Angebotsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Es erfolgt **keine Entschädigung** für die Erstellung der einzureichenden Unterlagen der Bewerbung oder des Angebotes.

6.5

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

6.6

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen **Wettbewerbsbeschränkung** beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

6.7

Für das Angebot sind die von der Vergabestelle **vorgegebenen Vordrucke** zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

7. Rechtliche Hinweise

Nachprüfungsstelle für vergaberechtliche Rechtsmittel ist die

Vergabekammer Rheinland
Spruchkörper Köln, c/o Bezirksregierung Köln
Zeughausstraße 2-10, 50667 Köln
Fax: +49 221-147 2889

Die Vergabestelle weist ergänzend auf folgende Regelungen zu Rechtsmitteln hin:

7.1

Statthafte Rechtsbehelfe sind gem. §§ 160 ff. GWB die Rüge sowie der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer. Eine Rüge ist an die Vergabestelle zu richten. Statthafter Rechtsbehelf ist gem. §§ 160 ff. GWB der Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens vor der zuständigen Vergabekammer. Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, wenn der Zuschlag erfolgt ist, bevor die Vergabekammer den Auftraggeber über den Antrag auf Nachprüfung informiert hat (§§ 168 Abs. 2 Satz, 169 Abs. 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 15 Kalendertage nach Absendung der Bieterinformation nach § 134 Abs. 1 GWB. Wird die Information auf elektronischem Weg oder per Fax versendet, verkürzt sich die Frist auf 10 Kalendertage (§ 134 Abs. 2 GWB). Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Information durch den Auftraggeber; auf den Tag des Zugangs beim Bieter/Bewerber kommt es nicht an. Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße 10 Kalendertage nach Kenntnis gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (§ 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB).

7.2

Bzgl. datenschutzrechtlicher Bestimmungen wird auf folgende Informationen wegen der Erhebung personenbezogener Daten nach Artikeln 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016) verwiesen:

Namen und Kontaktdaten des für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter (bDSB) der Gemeinde Odenthal
Herr Werner
Altenberger-Dom-Str. 31, 51519 Odenthal
E-Mail: datenschutz@odenthal.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter (bDSB) der Gemeinde Odenthal
Herr Werner
Altenberger-Dom-Str. 31, 51519 Odenthal
E-Mail: datenschutz@odenthal.de

Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten:

- a) Zweck der Verarbeitung: Durchführung eines Vergabeverfahrens.
- b) Rechtsgrundlage: Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c i. V. m. § 6 Abs. 3 DSGVO

Bewerber bzw. Bieter sind verpflichtet, die geforderten Angaben zu machen. Falls diese Angaben nicht gemacht werden, kann das Angebot/der Teilnahmeantrag nach den vergaberechtlichen Vorschriften vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen werden.

Kriterien für Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener

Daten:

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen.

Empfänger von personenbezogenen Daten:

Personenbezogene Daten dürfen an andere Personen oder Stellen weitergegeben werden, wenn Sie dem zustimmt haben oder die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist:

Nach §§ 6 ff. Korruptionsbekämpfungsgesetz meldet die Vergabestelle der/dem im Land Nordrhein-Westfalen eingerichteten zentralen Informationsstelle/ Vergaberegister beim Ministerium der Finanzen des Landes NRW solche Bieter, die wegen schwerer Verfehlungen von der Teilnahme am Vergabeverfahren zeitlich befristet ausgeschlossen wurden oder bei denen wegen geringfügiger Verfehlungen auf einen Ausschluss verzichtet wurde. Die Vergabestelle fragt bei Aufträgen ab einer Höhe von 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer bei der v. g. Informationsstelle an, ob hinsichtlich des Bieters, der den Zuschlag erhalten soll, Eintragungen im Vergaberegister vorliegen. Unterhalb von 25.000 Euro ohne Umsatzsteuer liegt die Anfrage im Ermessen der Vergabestelle.

Nach § 19 Abs. 4 Mindestlohngesetz fordert die Vergabestelle bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a der Gewerbeordnung an.

Bei allen Vergabeverfahren sind auf Verlangen der Bieter, die nicht für den Zuschlag berücksichtigt worden sind, die Merkmale und Vorteile des erfolgreichen Angebots sowie den Namen des erfolgreichen Bieters mitzuteilen.

Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der

Verarbeitung personenbezogener Daten:

Diese Rechte ergeben sich aus Artikel 15 bis 18 Datenschutz-Grundverordnung.

Recht auf Auskunft:

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Recht auf Berichtigung:

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden.

Recht auf Löschung:

Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (s.a. Dauer der Speicherung).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung:

Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten des Bewerbers/Bieters zu verlangen, sofern nicht ein wichtiges öffentliches Interesse dem entgegensteht (z. B. wirtschaftliche Verwendung von Haushaltsmitteln).

Recht auf Widerspruch:

Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/Bieters ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht (z. B. Durchführung des Vergabeverfahrens).

Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde:

Die zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde im Land NRW ist:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz NRW, Kavalleriestraße 2-4, 40213 Düsseldorf. Hierhin sind etwaige Beschwerden zu richten, sofern die Auskunft gebende Vergabestelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Eine Informationspflicht bei der Erhebung personenbezogener Daten bei Dritten (bspw. Eignungsnachweise dritter Personen) besteht nach Artikel 14 Abs. 5 Buchstabe c) Datenschutz-Grundverordnung nicht, da die Datenerhebung im Rahmen des Vergabeverfahrens ausdrücklich geregelt ist und dort zum Schutz der Interessen der betroffenen Personen eine vertrauliche Behandlung der Daten vorgesehen ist.

7.3 TVgG NRW

Bei der vorliegenden Ausschreibung müssen die Vorgaben des Tariftreue- und Vergabegesetzes NRW eingehalten werden. In diesem Zusammenhang ist die Vereinbarung der Besonderen Vertragsbedingungen des Landes NRW zur Einhaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen (BVB TVgG NRW) vorgeschrieben. Sie finden die entsprechenden Besonderen Vertragsbedingungen (BVB TVgG NRW – Formular 513 EU) in der Anlage, die nicht mit dem Angebot eingereicht werden muss.

8. Zusammenfassung der einzureichenden Unterlagen:

Mit dem Angebot müssen folgende Vordrucke und Unterlagen eingereicht werden (Angebotsbestandteile), ansonsten ist nicht ausgeschlossen, dass das Angebot allein aufgrund der Unvollständigkeit der Unterlagen ausgeschlossen werden muss:

- „Angebotsschreiben“ (Vordruck),
- „Checkliste Leistungsfähigkeit“ (Vordruck) nebst dort geforderten Anlagen,
- „Anlage Referenzen“ (Vordruck),
- „Eigenerklärung zur Eignung“ (Vordruck),
- „Erklärung einer Bietergemeinschaft“, nur wenn Antrag einer Bietergemeinschaft (Vordruck),
- „Verpflichtungserklärung Leistungen anderer Unternehmen“, nur wenn zum Eignungsnachweis auf dritte Unternehmen zurückgegriffen wird (Eignungsleihe) (Vordruck),

Angeboten wird gerne entgegengesehen.

ENDE DES DOKUMENTS